

Solidarität mit Geflüchteten

Freundeskreis Asyl organisiert am landesweiten Aktionstag „Sicherer Hafen“ eine Mahnwache / 35 Teilnehmer kommen

Von Horatio Gollin

RHEINFELDEN. Der Freundeskreis Asyl unterstützt die Forderungen der Seebrücke Baden-Württemberg und veranstaltete am landesweiten Aktionstag Sicherer Hafen eine Mahnwache. 35 Teilnehmer fanden sich dazu im Kastanienpark ein, bewacht vom kommunalen Ordnungsdienst, der die Einhaltung der Corona-Regeln überprüfte.

Maximal 50 Teilnehmer waren bei der von Rüdiger Lorenz angemeldeten Mahnwache „Sicherer Hafen Baden-Württemberg – Solidarität kennt keine Grenzen“ zugelassen, 35 waren gekommen. Mit dem Aktionstag wurden die Forderungen der Seebrücke Baden-Württemberg an die Landesregierung unterstützt, die auch der Rheinfelder Freundeskreis Asyl trägt.

Mit rotweißem Flatterband war der Kastanienpark abgegrenzt worden und Helfer hatten mit Klebestreifen am Boden Standorte für die Teilnehmer markiert, von denen Ordner die Adressen aufnahmen. Weiterhin galt eine Maskenpflicht, Essen, trinken und rauchen waren während der Mahnwache untersagt. Eine Mitarbeiterin des Kommunalen Ordnungsdienstes wohnte der Veranstaltung bei und achtete auf die Einhaltung der Regeln. Zu Beginn wurde sie kurzfristig von zwei Polizeibeamten verstärkt.

24 Städte und Gemeinden sind schon dabei

Lorenz sagte, dass immer noch viele Menschen auf der Flucht sind und sich auf den Weg nach Europa gemacht haben, wobei sie großen Gefahren ausgesetzt seien. Eine gesamteuropäische Lösung zeichne sich derzeit nicht ab, daher solle die Landesregierung eine Vorreiterrolle einnehmen und Kommunen, die dazu bereit seien, die Aufnahme von Flüchtlin-



Im Kastanienpark fanden sich 35 Teilnehmer zur Mahnwache ein, die der Freundeskreis Asyl organisiert hatte.

gen ermöglichen sowie die hier lebenden Geflüchteten bei der Wahrnehmung ihrer Rechte stärken und Perspektiven für sie schaffen. Bereits 24 Städte und Gemeinden im Land, die drei Millionen Menschen repräsentieren, haben sich zu Sicheren Häfen erklärt, hielt Lorenz fest. Rheinfelden gehört nicht dazu, der Gemeinderat hatte dies im April 2019 abgelehnt. „Baden-Württemberg hat die Kapazität, noch für viele weitere Geflüchtete ein sicherer Hafen zu sein“, sagte Lorenz am Samstag.

Anette Lohmann verwies darauf, dass neben Krieg und wirtschaftlicher Not auch der Kampf um Macht und Ressourcen, Zerstörung der Lebensgrundlage und

Genozid Auslöser von Flucht sind. Der menschliche Körper sei „zur profitabelsten Ware“ geworden, die man über das Mittelmeer liefern kann, kritisierte Lohmann, dass Flüchtlinge in Abhängigkeit von Schleppern gerieten, daher müsse Flucht entkriminalisiert werden. „Europa muss deutlich sagen, ob es der Kontinent der Ideale und der Menschenrechte sein will, oder ob es aus Angst und Eigeninteresse die Menschlichkeit im Mittelmeer endgültig untergehen lässt“, so Lohmann.

Der Umgang mit der Flüchtlingskrise sei auch nicht durch die Corona-Krise zu entschuldigen. Lohmann führte aus, dass die Flüchtlinge eine Bereicherung der Gesellschaft seien, fehlende Arbeitskräfte

darstellten, die mitunter über hohe berufliche Qualifikationen verfügten, die es anzuerkennen gelte.

Pfarrer Joachim Kruse, Jörg Moritz-Reinbach und Sabine Schumacher, Gemeinderätin aus Lörrach, bestärkten die Forderung nach einer Entkriminalisierung von Flucht und der Schaffung von sicheren Häfen. Auch Joerg-Uwe Sanio, Landtagskandidat der Linken im Wahlkreis Lörrach, wollte das Wort ergreifen und ausführen, dass Fluchtursachen auch Ergebnis der Bundespolitik seien. Allerdings wurde er nach wenigen Sätzen unterbrochen mit dem Hinweis, dass die Mahnwache nicht als parteipolitische Veranstaltung dienen sollte.